

Redebeitrag Ostermarsch Düsseldorf 2026 (*Manuskript*)

Tim Engels, Rechtsanwalt, Düsseldorf

(*Es gilt das gesprochene Wort.*)

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor bald 70 Jahren fand in London der erste Ostermarsch gegen nukleare Aufrüstung statt. Noch in diesem Jahr sollen die atomwaffenfähigen *Dark-Eagle*-Hyperschallraketen in Deutschland stationiert werden. Grafenwöhr und Wiesbaden werden direkte Angriffsziele; Düsseldorf, Kalkar, Nörvenich, Büchel, Ramstein ebenso. Die geringe Vorwarnzeit von nur wenigen Minuten kann wie in der Ukraine zum Präventivschlag reizen. Das erkennen jetzt auch die BRD-Expert*innen. Sehen wir uns vor. Wir blicken auf eine lange Tradition zurück. Insofern ist es mir eine Ehre hier sprechen zu dürfen und ich bedanke mich bei dem Friedensforum Düsseldorf sehr herzlich für diese Einladung!

So alt wie die Friedensbewegung ist auch die Staatsrepression gegen sie. Entsprechend reagierte das Düsseldorfer Landgericht nach dem ersten Ostermarsch in der Bundesrepublik mit einem großen Strafprozess gegen das Friedenskomitee als vermeintlichem Geheimbund und krimineller Vereinigung nach § 129 des Strafgesetzbuches. Heute werden mit diesem Strukturermittlungsparagrafen die Klimaktivist*innen der *Letzten Generation* wie junge Antifaschist*innen verfolgt. Der sog. „Antifa-Ost“-Prozess im Staatsschutzbunker am Kapellweg hat erst im Januar begonnen. Besucht ihn! Gewährleistet demokratische Öffentlichkeit! (https://www.olg-duesseldorf.nrw.de/behoerde/presse/Presse_aktuell/20251114_PM_Hauptverhandlung_III-7-St-1-25/Anlage-PM-43-Terminuebersicht-Budapest-Komplex_.pdf)

Einer der damaligen Angeklagten war der berühmte sozialistische Pfarrer Erwin Eckert. Auch deshalb wurde das Komitee als „kommunistisch“ stigmatisiert. Dessen vermeintliche Verfassungsfeindlichkeit ließe sich aus ihrer Verächtlichmachung der Regierung ableiten. – Dann wird es nun aber Zeit, dass das der Klingbeil/Merz-Regierung auch endlich widerfährt!

Die vom Komitee beschworene Kriegsgefahr sei ein Phantom; sie gehe alleine von der Sowjetunion aus. Ein Schelm, wer bei Böses dabei denkt. Die Parallelen zu heute sind kaum zu verkennen. Die Friedenkämpfer wurden zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt; teilweise hatten sie schon in den Zuchthäusern der Nazis dahinvegetieren müssen. Die Akten hat die Staatsanwaltschaft vernichtet (Heinrich Hannover, *Die Republik vor Gericht 1954-1974*, Berlin 1998, S. 57, 59, 61, 63, 72 f., 76, 80, ferner S. 155 ff.).

Die Kriminalisierung der Friedensbewegung wiederholte sich in den 1980er Jahren. Uns ist das also alles nicht neu. Da war Kalter Krieg, Nato-Doppelbeschluss, Millionen gegen Mittelstreckenraketen. Krefelder Appell (Christoph Butterwegge, Bernhard W. Docke u. a. [Hrsg.], *Kriminalisierung der Friedensbewegung*, Köln 1985).

Und dennoch ist es kein gutes Zeichen, dass Ihr mich eingeladen habt, als Anwalt des Rechts. Denn es drückt ein Unbehagen aus mit dem Zustand dieser bürgerlichen Demokratie oder dem, was davon noch übrig ist. Mittlerweile geht die Rede von Faschisierung. Doch wenn die wäre, stünden wir hier nicht. Als sie war, appellierte der damalige KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann eindringlich an die christlichen und sozialdemokratischen Arbeiter*innen, die Bruderhand zum gemeinsamen Bündnis gegen den Faschismus zu ergreifen; seine Genoss*innen forderte er auf „jeden Rest sozialer Errungenschaften, jeden noch so kümmerlichen Rest demokratischer Freiheit“ zu verteidigen! (zit. n. Eberhard Czichon/Heinz Marohn, *Thälmann – Ein Report*, Bd. 1, Berlin 2010, S. 679 f.) Seine Enkelin

Vera hat anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauenkampftages gesagt: „...wir müssen wieder viel enger zusammenrücken und Solidarität miteinander üben, die Zeiten erfordern es... Solidarität haben meine Mutter und meine Großmutter aus den Lagern der faschistischen Mörder befreit, jetzt, wo der Faschismus wieder droht, brauchen wir Solidarität miteinander mehr als alles!“ (E-Mail Flax Mill v. 16.3.2026, Hermann Baur-Glaser, Marion Baur, Ourselves alone – Nur wir selbst)

Tatsächlich haben wir es seit der sog. *Zeitenwende*, die eigentlich mit der Niederlage in der 1990er Jahren stattgefunden hat, mit einem reaktionär-militaristischen Gesellschaftsumbau zu tun, der auch vor massiven Eingriffen in die bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte nicht Halt macht. (https://dkp.de/wp-content/uploads/2026/01/2026-DKP-Strategie-Friedenskampf_web.pdf) Man braucht dazu nicht das „AfD“-Wort der „Meinungsdiktatur“ zu bemühen. Die Bürgerlichen nennen es Einengung des Meinungskorridors. In der Nachfolgerin der *Weltbühne*, der Tucholsky-Zeitschrift „Ossietzky“, welche die Opfer der zweiten Friedensbewegung und von den Nazis gequält und in den Tod getrieben wurden, ist die Rede von der „geistige[n] Diktatur“ (Bernd Ebert, Geistige Diktatur? Nur woanders!, *Ossietzky* 23/2023, S. 805 – <https://www.ossietzky.net/artikel/geistige-diktatur-nur-woanders/> – 5.4.26). Da ist der Gesslerhut des Angriffskriegs, der nur bei der Russischen Föderation begrüßt wird, nicht jedoch, wenn die USA Venezuela und die Iranische Republik überfallen, Kuba der Hungersnot preisgegeben wird, Israel die Todesstrafe gegen Palästinenser*innen einführt und die extrem rechte Regierung dies mit Galgen am Revers feiert. Ganz zu schweigen von dem Völkermord in Gaza und der Westbank unter bundesdeutscher Beteiligung!

Es ist nicht so, dass die Bürgerlichen dies selbst nicht auch bemerkten. Der Menschenrechtskommissar des Europarates hat wie die Expert*innen des UNO-Menschenrechtsrates haben die Bundesregierung wegen besorgniserregender Eingriffe in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie massiver Polizeigewalt, insbesondere nach dem Auftrittsverbot der UNO-Sonderberichterstatterin für Palästina, aufgefordert, die Grund- und Menschenrechte zu gewährleisten. Der leitende Redakteur der *Süddeutschen Zeitung* hat gleich ein ganzes Buch darüber geschrieben (Ronen Steinke, *Meinungsfreiheit*, München 1926). Da wird an den Grundfesten der Demokratie gerüttelt.

Ausgerechnet in seiner Entscheidung gegen den Springer-Boykott der KPD-nahen Zeitschrift *Blinkfuer* hatte das BVerfG ausgeführt, dass es als elementare Grundvoraussetzung einer freiheitlich-demokratischen Staatsordnung anzusehen sei „den *geistigen* Kampf der Meinungen“ zu gewährleisten (BVerfGE, Bd. 25, S. 256 f., zit. n. Pieroth/Schlink, *Grundrechte – Staatsrecht II*, Heidelberg 1996, Rdnr. 610, S. 154)

Trotzdem werden heute Konten der DKP, Jüdischen Stimme für gerechten Frieden, Roten Hilfe wie der Vereinigung der Naziverfolgten (VVN-BdA) gekündigt, weil Kuba, Antifaschist*innen oder Palästinenser*innen unterstützt werden – wenn das nicht mal originärer Antisemitismus in Reinkultur ist –, aufgrund unliebsamer Äußerungen kritische Journalisten wie Jaques Baud, Hüseyin Dođru oder Ulrich Heyden sanktioniert werden. Sein Großonkel wurde von den Nazis in der Plötze erdrosselt. Er hat den Bundespräsidenten gefragt, was er ihm sagen sollte. Dieser verkündete am 18. März, dass mit dem Anschluss der DDR für alle Deutschen freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Kunst-, Presse- und Forschungsfreiheit Wirklichkeit geworden seien –, erst 1990 – nur eben nicht für Linke, Pazifist*innen und Palästinenser*innen.

Nicht zu vergessen die neuen Berufsverbote gegen die jungen Lehramtsanwärter*innen, die, nur weil sie den Begriff der *Klimagerechtigkeit* verwendet hat, nun als *Marxistin* gebranntmarkt wird.

Da gibt es die 44 Sprachdiktate der ARD an deren Redaktionen zum sog. Nahostkonflikt. Es gerinnt dort die Bezeichnung dessen, was Israel charakterisiert, nämlich siedlerkolonialistischer

Apartheidsstaat, zum „israelbezogenen Antisemitismus“. Der rassistisch motivierte der Nazis wird ersetzt und vergessen gemacht.

Der Unkulturminister lässt Buchläden geheimdienstlich überwachen, um ihnen den Buchhandlungspreis abzuerkennen. Die Kritik auch aus den eigenen Reihen ficht ihn nicht an. Vorher gedachte er, auf Empfehlung von Springers Welt – die war schon immer gut für Hetze – Rudi Dustche hat es letztlich nicht überlebt – schickte er sich an, der Berlinale-Chefin zu kündigen, weil sie es gewagt hatte, sich mit palästinensischen Regisseur*innen vor deren Nationalflagge ablichten zu lassen. Ein Eklat jagt den nächsten. Gleichwohl stützt ihn der *Blackrock*-Kanzler, der Israel „die Drecksarbeit“ – den Völkermord an den Palästinenser*innen – für sein Wahlvolk erledigen lasse. Nun soll auch noch zu schlechter Letzt der Berliner Kulturfonds eingeschüchtert und zensiert werden. Palästinensische Literatur soll den Deutschen auch weiterhin vorenthalten bleiben. Einen solchen Eingriff in den institutionellen Schutz der Kunstfreiheit habe es bislang nicht gegeben.

Und immer wieder diese fünf Worte: *vom – Fluss – bis – zum – Meer –*, als reiche Deutschland nicht „von der See bis zu den Alpen / von der Oder bis zum Rhein“. Niemand verfiere dem Gedanken, der SED vorzuwerfen, sich Brechts Kinderhymne angeeignet zu haben. Der *Palmach* jedoch (die Eliteeinheit der *Haganah*) und die Zionisten dürfen *Eretz Israel* hingegen „vom Meer bis hin zur Wüste“ wachsen lassen, nebst Teilannexionen in den vier Anrainerstaaten (vgl. Moshe Zimmermann, *Niemals Frieden? Israel am Scheideweg*, Berlin 2024, S. 79 ff.). Auch das revanchistische Deutschland „von der Etsch bis an den Belt“ unterfiel nicht dem Kennzeichenverbot der SRP, geschweige denn, dass den Unionsparteien vorgeworfen worden wäre, sich der erste Strophe der Hymne noch bis 1991 bemächtigt zu haben. Auch Netanjahus *Likud* darf Großisrael für sich beanspruchen – mit den denselben Worten –; nur die Palästinenser*innen dürfen nicht von Freiheit träumen. Das wird nicht mehr rechtsstaatlich sanktioniert, sondern nach präfaschistischer *Staaträson*, in welcher der Rechtsstaat zum bloßen Mittel gerät. Auch die Nazis nannten ihr Terrorregime „Rechtsstaat“. Tatsächlich ist es Ausdruck vollkommener Unvernunft; der ideelle Gesamtkapitalist kann nicht vernünftig sein.

Mittlerweile findet die KI des BKA die Worte und Bilder. Dabei kann es dann schon einmal geschehen, dass ein Sozialdemokrat kriminalisiert wird, weil er das Titelblatt des Reichsbanner von 1931 mit seinem Motto „Nichts für uns – alles für Deutschland“ geteilt hat oder ein Friedensfreund, der die Kollage eines linken italienischen Investigativjournalisten geteilt hat, wo Merz wegen dessen Großmachtansprüchen und Expansionsdrangs gen Osten mit Hitler verglichen wird.

Das BKA nennt für den Phänomenbereich Nahost einen Anstieg von fast 70 %, knapp 7.500 Fallzahlen. Da alleine die Staatsanwaltschaft Berlin 10.000 Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, muss die Dunkelziffer ungleich höher sein. Selbst wenn das noch nicht die Ausmaße erreicht – damals war die Bewegung auch stärker – erinnert dies erschreckend an die Kommunist*innenverfolgung unter dem Adenauerregime in den 1950er Jahren. Auch damals ging es um Remilitarisierung, Westbindung und Wiederbewaffnung der BRD.

Und das sage ich jetzt einmal an die Adresse des *Bündnisses für soziale Gerechtigkeit*, der Kollege wird ja nach mir noch sprechen: Es ist doch perfide, mit vermeintlich gestiegener „Ausländerkriminalität“ Politik zu machen, wenn offensichtlich ist, dass nicht mehr Straftaten begangen werden, sondern rassifizierte Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte plötzlich für Meinungsäußerungen sanktioniert werden, die vor der deutschen Beteiligung am Völkermord nicht strafbar waren.

Kritische Israelis oder deutsche Jüdinnen und Juden werden als sich „selbst hassend“ diffamiert. Nachdem sich eine Antifa-Gruppe erdreistet hatte, die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano als „fanatische Antisemitin“ zu beleidigen, fand der israelische Historiker Moshe Zuckermann dazu die

passenden Worte. „Ähnlich wie der Antisemit, der in allem Jüdischen paranoid eine Bedrohung gewahrt, weil er auf den Juden eigene Ängste und Lebensdefizite projiziert, erblickt der ‚antideutsche‘ Juden- und Israelfreund in allem den drohenden ‚Antisemitismus‘, auf den er das projiziert, was er sich selbst nicht eingestehen darf, gerade weil er sich mit ihm identifiziert: die eigene in die Latenz verwiesene antisemitische Regung.“ (Ders., „Antisemit!“ – Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument, Wien 2010, S. 162 f.) „Es versteht sich von selbst, dass die [...] Antideutschen [...] absolut nichts mehr mit linker Gesinnung zu schaffen ha[ben]“, gehen mit Faschisten „zuweilen Bündnisse ein“ und erweisen sich dabei „als Deutsche reinsten Wassers, die sich vergeblich bemühen, sich ihres Deutscheins zu entledigen – und gerade darin eines der bemerkenswertesten Muster der deutschen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verkörpern“. (Moshe Zimmermann/Moshe Zuckermann, Denk ich an Deutschland... Ein Dialog in Israel, Frankfurt a. M. 2023, S. 64 ff.) Es ist gut, dass sie hier gegen uns stehen. Wir mit haben ihnen, den Kriegstreibern und Bütteln des Staates, den agents provocateurs, den Drei-Groschen-Jungs der Geheimdienste und politischen Polizei nicht das Geringste zu schaffen; sie sind der politische Feind!

War bislang das Leugnen der industriellen Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden strafbar, läuft heute auch jede*r Gefahr Opfer von Repression zu werden, die oder der nicht bereit ist, die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges, Nato-Osterweiterung, westlich initiierten Maidan-Putsch, die Faschisierung der Ukraine, das Pogrom im Gewerkschaftshaus von Odessa, den Bürger*innenkrieg gegen Lugansk und den Donbass mit 15.000 Toten nach Artilleriebeschuss von Wohngebieten, anders zu bewerten als es die herrschende Klasse verlangt, um ihren Stellvertreterkrieg zu verdecken. Oder wer das Massaker von Butscha dem faschistischen Asow- bzw. Karpaten-Bataillon zuschreibt. Ferner, wer im *Holodomor* nicht ausschließlich ein Stalin'sches Verbrechen erkennen möchte, sondern multikausale Ursachen der Hungersnot nebst Selbstkritik der Sowjetregierung, wie es der russische Botschafter in der *jW* beschrieben hat. Dies dürfte wohl heute so nicht mehr erscheinen können. Der Historikerstreit wäre ein Fall für den Staatsanwalt.

Die Strafschärfung erfolgte mittels sog. Ombuds- oder Huckepackverfahren, mit dessen Trick die Verjährung der Naziverbrechen Gesetz wurde. Man packt die vermeintliche Reform in unscheinbare Nebengesetze, damals das Ordnungswidrigkeiten-, heute Bundeszentralregistergesetz mit dem der Absatz fünf des Volksverhetzungsparagrafen wie ein Trojanisches Pferd ins Strafgesetzbuch geschmuggelt worden ist. (Dr. Dr. Ralf Hohmann, Der blinde Passagier..., in: Humanistische Union, *vorgänge* 241/2023, S. 41 ff. – <https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-241/publikation/der-blinde-passagier-in-der-gesetzgebung-eine-verfassungsrechtliche-kritik-des-omnibusverfahrens-in-deutschland-2/>). Ein Schurkenstück.

Der *SZ*-Redakteur greift in seinem Buch beides auf, verheddert sich dann allerdings in einem Disput mit dem Chefredakteur der *jungen Welt*. In Fußnote 35 meint er, die *jW* ließe Satellitenbilder als „Tatsache“ nicht gelten (Steinke, a. a. O., S. 194, 297). Auf die Widersprüche geht er nicht ein. Die Selbstbezeichnung des tschechischen Söldners: „Wir waren das Erschießungskommando“ erwähnt er nicht. Bemerkenswert hierbei ist zudem das völlige Schweigen der sog. Leitmedien (*jW* v. 12.7.2024). Auch ein Fall für den Strafrichter?

Bei dem Rechtsgelehrten wird es ununterscheidbar, symptomatisch die Feststellung, dass der *jW*-Redakteur „die vorhandenen Informationen [bloß] auf eine andere Weise“ als er selbst *verknüpfe*. Und das ist die entscheidende Erkenntnis. Die Bürgerlichen attestieren eine Eruption des Rechtsstaats und erweisen sich dabei als völlig unfähig, die Ursachen zu ergründen. Sie müssten ihr Wirtschaftssystem in Frage stellen. Die 2.500 % Kurssteigerung bei Rheinmetall; das Aktienkapital verfünfundzwanzigfach. Wer 2.000 Euro Ertrag hatte, hat nun 50.000 – dank des Krieges gegen die Russische Föderation.

„300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“
(MEW 23, 788)

Da scheint sich auch ein dritter Feldzug gegen Russland zu lohnen. Sie bereiten ihn offen vor. Die Generalität sieht sich nicht im Frieden. Sie „müssen gewinnen wollen, weil [sie] gewinnen müssen“, das hat der Generalinspekteur offen erklärt. Das wusste schon Bert Brecht: „Die Kapitalisten wollen keinen Krieg, sie müssen ihn wollen.“ – Sie führen uns in den Krieg! Noch dieses Jahr soll der Spannungsfall ausgerufen werden. Wir müssen ihnen in den Arm fallen!“

Der Operationsplan Ost – ich muss dann immer an den Generalplan denken – ist geheim, die Streckensanierungen gen Osten offensichtlich, siehe Südbrücke. Sie muss wieder panzertauglich werden zur Truppenverlegung an die Ostfront. Erstmals seit 1944 steht wieder eine deutsche Panzerbrigade in Litauen. Da dreht sich mir der Magen um. Aus der Gegenrichtung kommen dann Verwundete, Tote und Kriegsgefangene. „Wir werden euch nicht helfen können“, schreiben die demokratischen Ärzt*innen. (dies., ebd., Broschüre gegen die Militarisation des Gesundheitswesens, Maintal 2025 – <https://www.vdaae.de/publikationen/broschuere-militarisierung-im-gesundheitswesen/>)

Bekannt allerdings sind die OPLAN-Arbeitsgruppen, neben „Personal und Gesundheit“ – auch mit dem Rahmenplan Zivile Verteidigung wird der Russland-Krieg in den Krankenhäusern vorbereitet – Triage zugunsten des Militärs; „die Bevölkerung“ sei „nicht ausreichend [...] auf diese nötige Priorisierung vorbereitet“ – findet sich die „Strategische Kommunikation“. Dort geht es darum, wie „die Bevölkerung propagandistisch adressiert“ werden soll, „um sie ins Glied zu rücken“. (Martin Kirsch, Operationsplan Deutschland, in: IMI, *Ausdruck* 3/26, S. 21 ff. – https://www.imi-online.de/download/06_Kirsch_Ausdruck_124_.pdf) Die Heimatschutztruppen haben für Ruhe an der „Heimatfront“ zu sorgen, „auch gegen Proteste aus der Friedensbewegung“. Im sog. „Grünbuch“ der zivil- militärischen Zusammenarbeit schreiben sie offen, dass sich Deutschland als „Drehscheibe“ zur Truppenverlegung an die Ostfront beweisen müsse. Wie damals sollen das Rote Kreuz und die Hilfsorganisationen eingebunden werden. Das THW diente schon in der 1950er Jahren als Streikbrecherorganisation. In der Bevölkerung sollen „kollektive[s] Bewusstsein“ und Resilienz geschaffen werden; sie soll sich wie die *Prepper* auf den Krieg vorbereiten und *Vorräte einlagern*. Die „Truppenbewegung“ soll vor uns mit paramilitärischen Einheiten geschützt werden; die Polizei erhalte „Kombattantenstatus“; Feldjäger sollen bereits „in ‚Friedenszeiten‘“ eingesetzt werden. (Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e. V., Grünbuch ZMZ 4.0, Berlin 2025, S. 12, 19, 35, 47 f., 63 – https://zoes-bund.de/wp-content/uploads/2025/03/250306_Gruenbuch_ZMZ_digital.pdf) Im November des vergangenen Jahres hat der Nationale Sicherheitsrat unter dem Vorsitz des Kanzlers begonnen, diesen Plan umzusetzen.

Dass ein vermeintlich *linker* Abgeordneter daran mitgewirkt hat, ist erschütternd. Dazu passt, dass die Linkspartei heute nicht hier ist.

Die fortschrittlichen Rechtsphilosophen wie Hermann Klenner berufen sich auf Jehrings „Kampf ums Recht“: „Es gibt keine Selbstverwirklichung von Recht und Gerechtigkeit... Es rettet uns kein höh'eres Wesen. Wer die von Oben betriebene Rechtsentwicklung nicht durch eine Entwicklung [des] Rechts von Unten zu konterkarieren und daher für seine [oder ihre] Rechte zu kämpfen bereit ist, der [oder die] wird seiner [und ihrer] Pflicht weder gegen sich selbst noch gegenüber der Gesellschaft gerecht.“ (zit. n. Volkmar Schönburg, *Macht und Recht*, Essen 2026, S. 270)

Das können wir nur selber tun. Deshalb: bringt nächstes Jahr jede und jeder jeweils zwei mehr Menschen mit, die bereit sind, für den Frieden zu kämpfen. Unterschreibt den Berliner Appell! (<https://nie-wieder-krieg.org/berliner-appell/>)

„Europa hatte zweimal Krieg / Der dritte wird der letzte sein.“ (Bots/Dehm, Das weiche Wasser, Entrüstung 1982)

„Nehmt ihnen, eh‘ sie verbrannt / Die Welt aus der Hand!“ (Schmetterlinge, Bilanzanz, Proletenpassion 1976/77).

Tim Engels

Düsseldorf, 04.04.2026